

Für eine wohnliche DEUTSCHE Gemeinde

Vorbemerkung! ALLES ist nicht abhängig von guten Gedanken und vom Wollen, sondern von den finanziellen Möglichkeiten, d.h den Steuern, welche die Bürger zahlen (müssen)!!!

- 1) **WIR** treten ein für eine Kommunalpolitik, die dem Menschen – dem DEUTSCHEN Bürger – dient! Wir wollen eine wohnliche, eine DEUTSCHE Gemeinde, in der man sich HEIMISCH und GEBORGEN, NICHT aber FREMD fühlt!!! --- **Wir** wenden uns gegen jede weitere Zersiedlung, Industrieausdehnung/-ansiedlung um jeden Preis ohne Rücksicht auf die Belastung der UMWELT sowie der Entwicklung der DEUTSCHEN Bevölkerung. -- **Wir** fordern nicht nur einen Zuzugsstopp für NICHT-Deutsche, sondern auch die schrittweise und systematische Ausländer-Rückführung. Das heutige Kleinst-Deutschland („brddr“) ist von der Fläche und der Bevölkerungsdichte her weder ein Einwanderungsland noch ein Integrationsland. „Integration“ (Eingliederung) der Exoten-Eindringlinge ist weder eine Grundaufgabe für die Gemeinde noch für den Kreis. --- **Wir** fordern auf Gemeinde- und Kreisebene eine **SONDERSTEUER ASYL/Illegale Zuwanderer** nach dem Vorbild der Kirchensteuer. **WER dagegen ist, zahlt nicht! Es kann NICHT angehen, daß der NIE befragte Souverän für Vorgänge zahlen soll, die er mit übergroßer Mehrheit ablehnt!** --- **Wir** fordern auch eine **Volksabstimmung/Volksbefragung** auf Gemeinde- wie auf Kreisebene!!! --- Siehe auch die Forderungen/Thesen zur Asyl- und Ausländerpolitik von Günter DECKERT aus dem Jahr 1976 (!), fortgeschrieben seit 2014/15, als cdu-„angie“ die Grenzen öffnen ließ. --- Wir lehnen auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer ab, unabhängig vom „Status“, den sie haben. **DEUTSCHE Interessen können NICHT von Ausländern mitbestimmt werden.**
- 2) Unser Ziel ist eine bürgernahe, bürgerfreundliche, unbürokratische und wirksam funktionierende Verwaltung, die für den Bürger da ist und NICHT umgekehrt. --- **Wir** fordern den Abbau der Pro-Kopfverschuldung. **Wir** treten NUR dann für neue Bauvorhaben ein, sofern diese unaufschiebbar und finanziell abgesichert sind. **Wir** erteilen kommunalpolitischem Größenwahn zu Lasten des Steuerbürgers eine klare Absage. --- **Wir** treten ein für Bürgeranhörung und Bürgerbefragung in allen grundsätzlichen Fragen. --- **Wir** verlangen eine Aussprache mit den „Rathausabteilungen“ mindestens einmal im Jahr. Eine Sitzung alle zwei Monate hat abwechselnd in den Ortsteilen zu erfolgen und eine Sitzung im Monat hat erst um 18 Uhr zu beginnen, damit interessierte Arbeitnehmer nicht extra Urlaub nehmen müssen. Anwesende Weinheimer Bürger haben bei jeder Sitzung ein Fragerecht! --- Wir fordern erneut das Einfrieren bzw. das Herabsetzen der Spesen für Stadt- und Ortschaftsräte sowie die ersatzlose Streichung der Fraktionsgelder. --- **Wir** fordern die Streichung der Stelle des sog. Pressesprechers wie auch des sog. Integrations-Beauftragten, sofern er auf der städtischen Lohnliste steht. --- Wir fordern die Einführung des Grundsatzes der Regreßpflicht (Haftung) bei fahrlässigem und schuldhaftem Verhalten der Räte wie der Verwaltung.
- 3) **Wir** verlangen die gleichgewichtige Förderung der DEUTSCHEN Vereine und Vereinigungen in ihrer kultur-, jugendpflegerischen und sportlichen Arbeit im Rahmen des finanziell Vertretbaren und Möglichen. Eine automatische Aktualisierung ist den ständig wachsenden Kosten anzupassen. Wir fordern die völlige Kommunalisierung, d.h. Zuständigkeit der Verwaltung, der sog. offenen Jugendarbeit, weil nur so eine sinnvolle Arbeit wie ein sauberes Finanzgebaren gewährleistet sind. Der „Jugendgemeinderat“ ist vom Stadtjugendring zu betreuen; eine eigene Finanzhoheit steht ihm nicht zu!
- 4) **Wir** fordern die ständige Fortschreibung der Schulentwicklungspläne für die Große Kreisstadt, die mit den Umlandgemeinden, auch denen des hessischen Raumes, ständig abzustimmen sind, um Fehlinvestitionen zu verhindern. Dies gilt ebenfalls für den Bereich Kindergärten. – **Wir** verlangen eine sinnvolle Streuung kinder- und jugendgemäßer Abenteuer-, Bolz- und Spielplätze in Gesamt-Weinheim und ihre ständige Betreuung und

Überwachung durch städtische Mitarbeiter; auch Ehrenamtliche können sich hier einbringen. – Wir verlangen die ständige Fortschreibung des Freizeit- und Grünflächenplans sowie die Abstimmung mit den Umlandgemeinden, um zu verhindern, daß immer mehr Grün aus dem Stadtbild verschwindet.

- 5) **Wir** unterstützen die Arbeit der Volkshochschule und verlangen bei allen Angeboten und Veranstaltungen eine bessere politische Ausgewogenheit. Auch die Stadtbücherei verdient weitere Unterstützung. Bei der Anschaffung neuer Bücher ist politische Ausgewogenheit ein Muß ist. Zudem hat der Rat bei der Auswahl ein Mitbestimmungsrecht.
- 6) Die Straßenführung in der Innenstadt - u.a. neue Einbahnstraßen? - sowie die Bereitstellung entsprechenden Parkraums, vorrangig über (bezahlbare) Tiefgaragen, ist ständig zu überprüfen. Auch der Fahrradplan muß ständig fortgeschrieben werden. All dies im Einvernehmen mit den vorrangig Betroffenen, die frühzeitig miteinzubeziehen sind.
- 7) **Wir** kämpfen für die Erhaltung und der geschichtlich gewachsenen Ortskerne und Ortsteile und deren Brauchtum. – Wir verlangen die aktive Modernisierung und Sanierung (Kernstadt / Innenstadtbereich wie Weststadt) vor Baulanderschließung, und dies NUR für den eigenen Bedarf, d.h. bei echtem Wachstum aus uns selbst heraus und nicht durch Zuzug oder gar „Zwangsansiedlung“ von Art- und Kulturfremden. – **Wir** treten ein für einen aktiven Denkmalschutz, damit unsere **HEIMAT** nicht ihren **DEUTSCHEN** Charakter verliert. – Die organisch gewachsene Umwelt als Frei- und Naherholungsraum ist mit allen Mitteln zu sichern. Dazu gehört auch die Sicherung bäuerlicher Betriebe, die als Landschafts- und Naturpfleger für die Gemeinschaft unschätzbare Dienste leisten.
- 8) **Wir** fordern die bevorzugte Berücksichtigung von älteren **DEUTSCHEN** sowie jungen und kinderreichen **DEUTSCHEN** Familien im sozialen Wohnungsbau (Baugenossenschaft) und allen Bauten, die seitens der Stadt, d.h. mit dem Steuergeld der Bürger, gefördert werden. – Wir fordern die ständige Überprüfung und Offenlegung der Einkommensverhältnisse der Mieter von Sozialwohnungen, um Mißbrauch zu unterbinden. – Wir verlangen, daß in öffentlich geförderten Wohnungen keine Ausländer, unabhängig vom rechtlichen Status, berücksichtigt werden.
- 9) **Wir** fordern entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen für unsere Bürger im zivilen, technischen wie im militärischen Katastrophenfall durch Erstellen von Anlagen und Einrichtungen im Gesamtbereich der Großen Kreisstadt.

Mit Ihren Stimmen, werte **DEUTSCHE** Mitbürgerrinnen und Mitbürger, entscheiden Sie über Ihre Zukunft, die Zukunft Ihrer Kinder und Ihrer Enkelkinder! Sie entscheiden letzten Endes auch darüber, ob der weiteren Ausländisierung und die Zurückdrängung der **DEUTSCHEN** in Weinheim und im Kreis Einhalt geboten wird.

Wählen Sie daher mit allen möglichen Stimmen (**Stimmenhäufung** = je drei (3) für jeden Kandidaten) die

DEUTSCHE LISTE

– DIE EINZIGE ECHTE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHBEWUßTE –

#####

Wählen allein genügt nicht! Ergreifen Sie Partei! Reichen Sie sich ein! Unterstützen Sie uns bei unserer Arbeit auch finanziell! Werden Sie Förderer/Mitglied im **DEUTSCHEN KREIS!** – **ViSdP und Ansprechpartner:** Altstadtrat Günter Deckert, Ex-OSTRat, Pf. 100 245, 69442 Weinheim/B. XXX Guenter.Deckert@gmx.de /// auch bei „facebook – Ruf. 61329
